

Haushaltsrede bei Einbringen des Haushaltsentwurfes 2015

Gehalten am 20.10.2014. Es gilt das gesprochene Wort.

Online als **PDF-Download** verfügbar unter <http://www.hennef.de/index.php?id=389>

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Ihnen einmal mehr zu einem frühen Zeitpunkt den Entwurf des Haushaltes des kommenden Jahres übergeben zu können. Wir sind in den vergangenen Jahren stets sehr gut im Plan gewesen und hatten demzufolge immer fast mit Beginn des Jahres die Möglichkeit, den Haushalt bewirtschaften zu können. Zu danken ist da in erster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, denen ich gleich zu Beginn ganz herzlich für die Arbeit der letzten Wochen danken möchte!

Kommen wir direkt zu dem, was einen Haushalt nun einmal ausmacht: den Zahlen. Die wichtigste Botschaft: Wir werden auch 2015 unsere eigenverantwortliche finanzielle Selbstverwaltung erhalten können.

Der Ergebnisplan des Haushaltsentwurfes 2015 verzeichnet rund 96,7 Millionen Euro ordentliche Erträge und rund 97,4 Millionen Euro ordentliche Aufwendungen. Im Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt er mit einem Minus von 729.094 Euro ab. Verrechnet mit Finanzerträgen in Höhe von 582.000 Euro und Zinsen und Finanzaufwendungen in Höhe von 4,34 Millionen Euro ergibt sich ein Jahresergebnis von minus 4,5 Millionen Euro. Verarbeitet ist hierin bereits die 1. Modellrechnung zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2015 (GFG 2015). Einige Parameter konnten wir natürlich noch nicht einarbeiten, so die Aktualisierung der Kreisumlage, die regionalisierte Novembersteuerschätzung und die 2. Modellrechnung zum GFG 2014. Den Ausgleich des Defizites werden wir über die allgemeine Rücklage leisten, die wir damit um 6,84 Prozent verringern.

Der Finanzplan für 2015 verzeichnet im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Plus von rund 1,17 Millionen Euro und im Saldo der Investitionstätigkeiten ein Minus von rd. 6,65 Millionen Euro. Das Saldo aus Finanzierungstätigkeit, also Kreditaufnahme und Tilgung, verzeichnet ein Plus von 2,708 Millionen €. Aber wie Sie wissen, bedeutet „plus“ hier nicht „positiv“, denn in Wahrheit ist das die Höhe der Neuverschuldung: Wir nehmen mehr Geld auf, als wir zurückzahlen.

Aber wir machen das ganz bewusst, um die große Aufgabe der kommenden zwei Jahre zu stemmen: den umfangreichen und fundamentalen Umbau für unsere zweite städtische Gesamtschule, die Gesamtschule Hennef-West. Eine Investition also in die Zukunft unserer Stadt, in die Bildung von Kindern und Jugendlichen und – wirtschaftspolitisch gesprochen – in den Standort Hennef.

Ohne diese Investition sähe die Finanzlage ganz anders aus und wir würden 2015 nicht 2,708 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen, sondern den Schuldenstand um rund 991.000 Euro senken. 2015 müssen wir für den Umbau Gesamtschule sogar 3,917 Millionen Euro neue Schulden in Kauf nehmen – ohne Schulumbau würden wir 1,748 Millionen Euro entschulden. So aber werden wir erst ab 2017 wieder entschulden können, zunächst um 830.000 Euro, Ohne Schulumbau wäre es aber 2017 schon eine Entschuldung um 2,230 Millionen Euro. 2018, wenn wir den Schulumbau hinter uns gebracht haben, werden wir den Schuldenstand dann um 4,373 Millionen Euro senken. Der Gesamtschuldenstand der Stadt wird demnach ab 2017 wieder steigen. 2015 wird er zunächst bei 84 Millionen Euro liegen und damit der Entwicklung der letzten Jahre folgen. Zur Erinnerung: 2003 lag der Schuldenstand bei 94 Millionen Euro 2012 dann bei 87 Millionen. 2016 werden wir mit unter 83 Millionen Euro einen der niedrigsten Stände der letzten Jahre haben. Durch die oben beschriebene Nettoneuverschuldung wird der Gesamtschuldenstand dann aber 2017 auf 86,2 Millionen Euro und 2018 auf 89,667 Millionen Euro steigen.

Wie in den beiden letzten Jahren möchte ich Ihnen wieder die zwei wichtigsten Faktoren nennen, die die Haushaltsplanung erschweren und uns die Grenzen der eigenen Möglichkeiten aufzeigen: Die Personalkosten und die Transferaufwendungen, die zusammengekommen rund 70 Prozent des ordentlichen Aufwandes ausmachen.

Unsere Personalkosten lagen 2010 bei 21,1 Millionen Euro. 2011 waren sie auf 22 Millionen gestiegen. 2012 lagen sie bei 22,66 Millionen, 2013 bei 24,8 Millionen 2014 bei 24,6 Millionen 2015 liegt der Ansatz bei 25,7 Millionen Die „Transferaufwendungen“, also vor allem die Sozialleistungen und die Kreisumlage, lagen 2010 bei 33,6 Millionen und 2013 bei 37,7 Millionen. Der Ansatz 2014 lag bei 39 Millionen, 2015 wird er bei 40,6 Millionen Euro liegen.

Übrigens wird der Anteil der Aufwendungen zur Versorgung von Asylbewerbern, die angesichts verschärfter Konflikte vor allem in Nahen Osten wieder vermehrt zu uns kommen und Schutz suchen in den kommenden Jahren merklich steigen: Lag der Ansatz 2014 noch bei 510.000 Euro, wird er im Planungszeitraum bis 2018 bei 900.000 Euro jährlich liegen. Ob dieser Ansatz ausreicht, darf bezweifelt werden. Aber wer kann da zurzeit eine gesicherte Prognose geben?

Personalkosten und Transferaufwendungen lagen demnach 2010 zusammen bei 54,7 Millionen, 2013 bei 62,5 Millionen Euro, 2014 bei 63,6 Millionen Euro und liegen 2015 bei 66,4 Millionen Euro. Noch einmal fürs Protokoll: 12 Millionen Euro mehr als vor fünf Jahren!

Wie in jedem Jahr möchte ich betonen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Cent redlich verdient haben. Und jede Lohnsteigerung kommt ja letztlich auch über die Kaufkraft der Wirtschaft und damit wieder der Allgemeinheit zugute. Und den Transferaufwen-



dungen stehen Leistungen gegenüber, die ohne Umlagesysteme von uns als Kommune direkt zu erbringen wären. Auch die Leistungen für Asylbewerber darf man angesichts der menschlichen Not, die es zu lindern gilt, nicht ausschließlich unter dem finanziellen Aspekt sehen.

Dennoch zeigen die Zahlen, wie hoch die gebundenen Haushaltsmittel sind und wo uns in der Kommunalpolitik die Hände gebunden sind. Denn auch der Anteil, der nicht in Personalkosten und Transferaufwendungen fließt, ist durch zahlreiche Notwendigkeiten und vertragliche Bindungen auch wieder in nur ganz geringem Umfang „frei“ verfügbar, wenn man zum Beispiel an Reinigungskosten, Verbrauchskosten wie Strom und Wasser sowie Ersatzbeschaffungen und Reparaturen denkt. Die kommunale Selbstverwaltung ist also auf nur wenige Bereiche beschränkt, die unserem finanziellen Zugriff tatsächlich unterliegen.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich aber auch die Dramatik der Gemeindefinanzierung, die durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 nicht verbessert, sondern im Gegenteil erneut deutlich verschlechtert wird. Die Bürgermeister und Kämmerer im Rhein-Sieg-Kreis haben daher im September in einem gemeinsamen Schreiben an die Landesregierung appelliert, die mehr als kritische Situation gerade der Kommunen im kreisangehörigen Raum endlich anzuerkennen durch sinnvolle Maßnahmen gegenzusteuern.

Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes treibt den kreisangehörigen Raum weiter an den Rand des Ruins. Eine seit Jahren zu beobachtende Umverteilung von GFG-Mitteln zu den großen Städten verschärft die Probleme im Land: Während die Schlüsselzuweisungen aus dem GFG in den kreisfreien Raum zwischen 2000 und 2014 um 71,5 Prozent angestiegen sind, betrug die Rate im kreisangehörigen Raum lediglich 14,2 Prozent. Über die so genannte „Einwohnerveredlung“ wird die „Wertigkeit“ eines Einwohners umso höher eingeschätzt, je größer die Stadt ist, in der er wohnt. Und über den Soziallastenansatz, der mit dem GFG 2015 von 13,85 auf 15,76 erhöht wird, werden große Städte weiter bevorzugt, kleine hingegen benachteiligt. Im Rhein-Sieg-Kreis profitieren zwei Kommunen marginal, den restlichen 17 Städten und Gemeinden werden zusammen 7,2 Millionen Euro entzogen.

Passend dazu haben gerade kürzlich am 2. Oktober der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Nordrhein-Westfalen, Dr. Martin Klein, und der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider, in einem gemeinsamen Schreiben an den Landtag in Düsseldorf kurz und deutlich konstatiert: *„Der vorliegende Regierungsentwurf eines GFG 2015 verfehlt das Ziel interkommunaler Verteilungsgerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich.“*

Des Weiteren weist das Land den Kommunen seit Jahren Aufgaben zu, ohne eine auskömmliche Finanzierung zu sichern. Sei es bei der Pflichtaufgabe „Offene Ganztagschule“,



bei der der Landeszuschuss seit 2011 konstant bei 700 Euro je Kind und Jahr, während die Kosten weiter steigen, oder beim U3-Ausbau, der nach wie vor nicht auskömmlich finanziert ist.

Es ist natürlich bekannt, dass auch das Land nicht über sprudelnden Geldquellen verfügt, sondern ebenso finanziell unter Druck steht. Aber viele Umstände machen doch sehr deutlich, dass wir ein strukturelles Problem haben, das von den Kommunen natürlich nicht gelöst werden kann, sondern im Gegenteil auf Dauer in erster Linie zu deren Lasten geht: Keine der 19 Kommunen unseres Kreises ist in der Lage, ihren Haushalt aus eigener Kraft faktisch auszugleichen. Alle Kommunen greifen auf ihre nur auf dem Papier existenten Rücklagen zurück, ohne dass diese faktisch in Form von Liquidität vorhanden sind. Alle Kommunen erzielen über Kassenkredite eine nur scheinbar existente Liquidität. Mit der Einführung von NKF waren im Rhein-Sieg-Kreis nur vier Kommunen in der Lage, einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, zwei mussten ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen, 2014 sind es acht Städte und nach aktuellem Stand der Planung gehen derzeit 11 Kommunen davon aus, in 2015 ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen zu müssen. Damals schon mussten 13 Städte und Gemeinden auf ihr Eigenkapital in Form der Ausgleichsrücklage zurückgreifen. Ende 2014 wird bei allen Kommunen im Kreis die Ausgleichsrücklage aufgebraucht sein, alle Kommunen im Kreis werden die Allgemeinen Rücklage in Anspruch nehmen müssen. Angesichts dieser Tatsachen, ist es eine sehr gute Leistung, dass wir 2015 kein Haushaltssicherungskonzept vorlegen müssen. Klar ist aber auch, dass wir uns nicht sicher sein können, ob dieser Zustand auf Dauer so zu halten ist.

Trotz allem dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, und müssen an der Entwicklung unserer Stadt weiter arbeiten. Das große Projekt Gesamtschule Hennef-West habe ich bereits erwähnt, hinzu kommt die Fassadensanierung des Gymnasiums. Die gesamte Maßnahme kostet uns in den kommenden beiden Jahren rund 8 Millionen Euro. Neben dem Umbau im bestehenden Gebäude der Realschule für die Einrichtung von Inklusionsräumen und neuer naturwissenschaftlicher Räume entsteht ein neues, dreigeschossiges Gebäude mit Mensa, Selbstlernzentrum, Klassen- und Mehrzweckräumen, Technikräumen und Schülerlabor, sowie ein Verbindungsgang zwischen Neubau und Gymnasium. Alleine rund 1,1 Millionen Euro der 8 Millionen Gesamtkosten investieren wir in die Maßnahmen, die nötig sind, um die Inklusion zu gewährleisten.

Ein weiteres Thema ist und bleibt die Entwicklung unserer Innenstadt. Die haben wir in den letzten zehn Jahren bereits ganz konsequent und zukunftsweisend vorangetrieben: Marktplatz, Bahnhof und Busbahnhof, Hennef-Mitte mit dem Generationenhaus, zuletzt die Alte Ladestraße und an den beiden Toren in die City die Bröltalstraße, sowie der frühere Standort

Bahr, heute Bauhaus. In den kommenden Jahren wenden wir uns dem letzten verblieben Großprojekt zu, dem Areal rund um den Heiligenstädter Platz. So wie wir den Rest betrieben haben, wollen wir auch dieses Thema voranbringen: konsequent aber nicht hektisch, durchdacht und planvoll. Die Tatsache, dass das Parkhaus geschlossen werden musste, hat allerdings unverhofft ein wenig Tempo in die Sache gebracht, aber unsere Planungen nicht grundsätzlich beeinflusst. Das Hennefer Einzelhandelskonzept von 2011 hat für die Hennefer Innenstadt zwei Potenzialflächen benannt: Alte Ladestraße und Heiligenstädter Platz. Die Entwicklung der Alten Ladestraße haben wir seit 2011 konsequent betrieben und in diesem Sommer abschließen können. Die Überlegungen zum Areal Heiligenstädter Platz haben wir in einer gemeinsamen Sitzung von Planungs- und Wirtschaftsausschuss auf den Weg gebracht, das Parkhaus und dessen Bewirtschaftung war außerdem Thema im letzten Wirtschaftsausschuss. Das Gesamtareal wollen wir in zwei Stufen entwickeln: die erste Planungsstufe ist die Bebauung des Areals Ecke Linden- und Mozartstraße sowie ein Neubau des Parkhauses für rund 290 Stellplätze und zusätzlich 500 Quadratmeter integrierte Verkaufsfläche die zweite Planungsstufe wäre die Bebauung des Heiligenstädter Platzes, das allerdings ist eine langfristige Perspektive, deren Entwicklung noch einige Jahre dauern wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe in den letzten Jahren immer betont, wie viele gute Projekte wir gemeinsam realisiert haben, mit denen wir unsere Stadt wirklich voran gebracht haben. Das waren keine Kleinigkeiten, sondern große Projekte, wie die strukturelle und gravierende Innenstadtentwicklung, oder wichtige Schul-Um- und -neubauten. Wir haben das alles trotz einer im Grunde laufenden Anspannung der Haushaltslage geschafft. Mit der Gesamtschule West und der Entwicklung rund um den Heiligenstädter Platz haben wir jetzt ähnlich große Aufgaben vor uns. Und ich bin sicher, dass wir diese Aufgaben gemeinsam erfolgreich bewältigen. Denn alles war und ist immer eine gemeinsame Leistung von Verwaltung und Politik, deren Grundlagen und Voraussetzungen sie, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, in Rat und Ausschüssen schaffen. Ich danke Ihnen, für die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit und freue mich auf die weitere Arbeit mit ihnen in dieser noch jungen, dafür aber langen sechsjährigen Ratsperiode. Für ihre nun anstehenden Beratungen über den Haushaltsentwurf wünsche ich Ihnen gutes Gelingen und möchte Sie wie immer bitten, keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckungsvorschlag zu veranschlagen.

Danken möchte ich außerdem den Bürgerinnen und Bürgern, die über unsere Internetseite Vorschläge für den Haushalt eingereicht haben. Die Haushaltsvorschläge werden wir Ihnen mitsamt Erläuterungen und Bewertung in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen vorlegen. Mein Dank geht darüber hinaus an



alle Bürgerinnen und Bürger, die sich in Vereinen und Initiativen auf vielen Ebenen für unsere Stadt und die Menschen engagieren. Ohne dieses Engagement wäre das Leben in unserer Stadt ärmer.

Zum Schluss darf ich mich wie immer herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei einschließlich der Kämmerin bedanken, die wieder sehr viel Arbeit und Kraft in diesen Plan gesteckt haben. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, für Ihr Engagement, ihre Kompetenz und ihre große Zuverlässigkeit in diesem wie in allen Jahren. Vielen Dank!